

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteinst wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestr. 18a part.
Telephonruf: Nr. 3892.

Insertionsgebühr pro sechsgepaltene Kolonnetze:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **381 500** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Zur Wiedereröffnung des Reichstags.

Am 4. November tritt der Reichstag in Berlin wieder zusammen und nur niederdrückende Befürchtungen, aber keinerlei erhebende Hoffnungen erweckt die Eröffnung des Parlamentes in den Reihen der Arbeiterschaft. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik, die wichtige Interessen der Arbeiterschaft berührt, ist für sie entweder gar nichts oder nur schlechtes zu erwarten. Es droht eine Entrechtung der Arbeiter im Krankenversicherungswesen, die nur in der Zuchthausvorlage von 1899 ihr ebenbürtiges Seitenstück finden würde. Nach bezüglichen Mitteilungen, die kürzlich ein Unternehmerblatt zu machen in der Lage war, stünde eine „Reform“ der Krankenversicherung bevor, die die seit Jahren von den Scharfmachern mit heißer Sehnsucht und lautem Geschrei geforderte Abschaffung der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen dekretieren würde. Mit dem hekerischen Schlagwort von den „sozialdemokratischen Ortskrankenkassen“ ist von der Unternehmer- und bürgerlichen Tagespresse die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen bekämpft worden, weil man den Arbeitern keine Gleichberechtigung zugestehen will. „Reform der Krankenversicherung“ wurde gefordert und Entrechtung der Arbeiter, Auslieferung der Verwaltung der Ortskrankenkassen an die Bureaucratie, an Militäranwärter, gemeint. Unternehmer, die jahrelang an der Verwaltung der Ortskrankenkassen neben den Arbeitern mitwirkten, haben deren Objektivität, Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit ebenso anerkannt, wie die Unternehmerbegeisterten in den Gewerbeberichten es ihren Kollegen aus den Arbeiterkreisen gegenüber taten und damit allen niedrigen Anschuldigungen und Verleumdungen derselben entgegenzutreten.

Über die scharfmacherischen Verleumdungen der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen gleichen und gleichen dem „Haupt der Hydra, das ewig fällt und sich erhebt“. Und der Hebe gegen die Ortskrankenkassen haben sich auch die Ärzte angeschlossen, die nachgerade dazu gelangt sind, die Versicherung als eine Einrichtung zu betrachten, die eigentlich nur ihremwegen da ist und für die die Arbeiter nur als eine gleichgültige Nebenerscheinung gelten oder nur als Mittel zum Zweck, indem sie durch ihre Krankenkassenbeiträge die Gelder aufbringen, aus denen die ärztlichen Honorare bezahlt und die Existenzbedingungen der Ärzte gesichert werden.

Und die Unternehmer, die, solange als die Arbeiterversicherungen bestehen, nicht müde wurden, über die „sozialpolitischen Lasten“ der Industrie zu klagen, wodurch deren Konkurrenzfähigkeit sowie die Höhe ihres Profits beeinträchtigt würden, erklären sich nun bereit, statt des gegenwärtigen Drittels die Hälfte der Krankenkassenbeiträge zu zahlen, also noch mehr „sozialpolitische Lasten“ auf sich zu nehmen, wenn die Arbeiter entrechtet und die „sozialdemokratischen Kassenbeamten“ gemäßigert, durch Militäranwärter, Kriegervereiner, Gelbe à la Schubert (Chemnitz) ersetzt würden. Diese „Opferwilligkeit“ beleuchtet den Schwindel der „sozialpolitischen Lasten“ der Industrie, die ja nichts anderes sind als ein Teil der allgemeinen Betriebskosten, die ein Moment der Preisbildung sind und die daher mit dem Geschäftsprofit gar nichts zu tun haben, um so weniger, als die Versicherungsanstalten in gleichem Maße für alle Unternehmer gelten.

Es ist klar, daß von der Arbeiterschaft das beabsichtigte Attentat auf die Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen mit allen Mitteln bekämpft und verhindert werden muß, ebenso wie vor neun Jahren die Zuchthausvorlage verhindert wurde.

Im übrigen meldete das Berliner Tageblatt über den Stand der Sozialpolitik im Deutschen Reich: „Die Arbeitslosenversicherung wird, wie wir aus bester Quelle erfahren, vorläufig zurückgestellt werden. ... Was die Witwen- und Waisensicherung anbelangt, so ist zu erwarten, daß sie in Anlehnung an die Alters- und Invalidenversicherung ausgebaut werden und nicht viel geringere Mittel wie diese erfordern wird. Mit der Vorbereitung der Witwen- und Waisensicherung ist aber das Arbeitsprogramm für das Reichsamts des Innern auf die Dauer von mindestens drei Jahren erschöpft.“

Gleichzeitig wird aber gemeldet, daß der Arbeitskammergebietentwurf einer „durchgreifenden Änderung unterworfen werde“. Die Anlehnung an Berufsgenossenschaften dürfte in Wegfall kommen, der Wahlmodus für Arbeitervertreter geändert werden. Dagegen bleiben die paritätisch angeordneten

Arbeitskammern und das Berufsprinzip für die Bildung der Kammern bestehen. Da die Vorarbeiten zur Umänderung der Vorlage sehr umfangreich sind, dürfte die Erledigung durch den Bundesrat und die Einbringung in den Reichstag erst gegen Weihnachten erfolgen.

Im Schoße von Reichstagskommissionen ruhen bekanntlich die Gewerbeordnungsnovelle und die Novelle zum Hilfskassengesetz. Von dem Gesetzentwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ist es still geworden und es ist zu wünschen, daß die Materie nicht wieder in Angriff genommen wird. Den gleichen Wunsch darf man hegen bezüglich der gesetzlichen Regelung des Tarifvertrags, die nur Juristen, nicht aber die Arbeiter verlangen.

Bei dem heute in Berlin herrschenden Geiste, angesichts des neuen Ministers gegen die Sozialreform, des Herrn v. Bethmann-Hollweg, muß die Arbeiterschaft dringend wünschen, daß auf dem Gebiet der Sozialreform lieber gar nichts geschehe, daß der sozialpolitische Stillstand, der seit Jahren besteht, unverändert fortbauere, denn von jeder sozialpolitischen Aktion, die das heutige Blockregiment unternimmt, hat die Arbeiterschaft nur Entrechtung, Ausnahmestellung, Verfolgung und Unterdrückung zu erwarten.

Die Hauptarbeit des Reichstags wird übrigens trotzdem eine volksschädliche sein, denn sie wird in der „Finanzreform“ bestehen, deren Zweck nicht etwa ist, wie das fortschrittlich und sympathisch klingende Wort „Reform“ vermuten ließe, drückende Steuern abzuschaffen und den auf dem Volke schwer lastenden Steuerdruck etwas zu mildern, sondern im Gegenteil, ihn noch weiter zu verhärtigen. Rund 500 bis 600 Millionen Mark neue Reichssteuern sollen aufgebracht werden, um den Reichshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Die 200 Millionen Mehreinnahmen, die die vor zwei Jahren durchgeführte siebenfache „Steuerreform“ einbrachte und die man als das Ende der Steuerfahne hätte sollen betrachten dürfen, waren gleichsam nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn in den letzten zwei Jahren sind die Ausgaben enorm weitergestiegen, weit über die Einnahmen hinaus, so daß trotz der neuen Steuern die Reichsschulden weiter gestiegen sind. Die Einnahmen des Reiches stiegen von 2,39 Milliarden im Jahre 1905 auf 2,59 Milliarden im Jahre 1907, aber gleichzeitig erhöhten die Ausgaben eine Vermehrung von 2,19 auf 2,59 Milliarden. In den Einnahmen sind jedoch die Anleihen enthalten, die 1905: 341,71, 1906: 277,15 und 1907: 253,89 Millionen betragen. Die Reichsschuld ist bei dieser Wirtschaft von 3543 Millionen im Jahre 1905 auf 4253 Millionen im Jahre 1908 gestiegen; außerdem schuldet das Reich dem Invalidenfonds, der 1876 562,77 Millionen betrug, nicht weniger als 473 Millionen, die es ihm im Laufe der Jahre „abpumpt“. Es wird also bald die fünfte Milliarde Reichsschuld komplett sein, wofür zu 4 Prozent rund 200 Millionen jährlich an Zinsen ausgegeben werden müssen!

Nun soll wie 1905 ein halbes Duzend neuer Steuern und Steuererhöhungen beschlossen werden, um die Reichseinnahmen auf einen Schlag um eine halbe Milliarde zu erhöhen, so daß sich das Einnahmehudget bald auf drei Milliarden pro Jahr erhöhen wird.

Es ist ein ganzes, aber kein schönes Bußfett, das an neuen Steuern präsentiert wird: Nachlasssteuer 45 und in Verbindung damit eine Wehrsteuer 35, zusammen 80 Millionen, Wehrsteuer 30, Biersteuer 100, Zigarettenbanderolensteuer 60, Gas- und Elektrizitätssteuer 60, Rohspiritusmonopol 100, Insektensteuer 25 Millionen, zusammen 455 Millionen Mark. Dazu sollen noch die Matrularbeiträge der Einzelstaaten an das Reich von 40 auf 80 3/4 pro Kopf erhöht werden.

Es würde zu weit führen, diese neuen Steuern im einzelnen kritisch zu beleuchten. Mit Ausnahme der Nachlass- und Wehrsteuer sind es lauter indirekte Steuern, die wiederum die große Masse des Volkes aufbringen muß. Die Wehrsteuer möchte man geradezu als einen Verstoß gegen die guten Sitten bezeichnen und gegen die Nachlass- oder Erbschaftsteuer wüßten bereits die agrarische Deutsche Tageszeitung und die junkerliche Kreuzzeitung, die darin eine Vermögenskonfiskation, einen „Raub“ an dem Edelsten und Besten, was der deutsche Patriot besitzt, erblicken und nahe daran sind, wiederum, wie unter Caprivi, ihre Königsreue und Vaterlandsliebe, den ganzen Patriotismus zu kündigen und ihre monarchische Gesinnung zu revidieren.

Reaktion und Stillstand auf dem Gebiet der Sozialpolitik, ein neuer Beutezug von einer halben Milliarde auf die Taschen des Volkes — in diesen Zeichen nimmt der Reichstag seine Arbeiten wieder auf, der Blockreichstag, das Schwindelprodukt einer abgebrühten Demagogie. Die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstag werden hart um die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen kämpfen müssen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Wirtschaftshimmel ist so trübe, daß die Bestrebungen, die Konjunktur gesund zu schreiben und zu reden, zurzeit wenigstens, aufgegeben worden sind. Die Lage der Eisenindustrie hat sich nach einem kurzen Aufblühen verschlechtert, der Kohlenmarkt hat sich neuerdings so gestaltet, daß das Kohlsyndikat die bisher mit Hartnäckigkeit vorenthaltenen Preisermäßigungen wenigstens zu erwägen beginnt. Noch kürzlich hatte der Stahlwerksverband wieder den Versuch unternommen, den Einbruch hervorzufragen, wie wenn die Periode der Besserung wirklich begonnen habe. Einige Blätter brachten die Meldung, der Beschäftigungsgrad habe derartig zugenommen, daß die Zuweisung auf die Beteiligungszahl der Werke von rund 60 Prozent vor einigen Monaten auf rund 80 Prozent gegenwärtig erhöht werden kann, und eine weitere Steigerung bis zur vollen Höhe der Beteiligungszahl mit Anfang des neuen Jahres zu erwarten ist. Beruhten diese Angaben nicht auf reinster Erfindung, so wäre nur die Annahme möglich, daß man die Steigerung des Beschäftigungsgrades nach den Eingängen an einigen besonders günstigen Tagen berechnete und diese Zahl verallgemeinerte. Schon für den Monat September war ein günstiger Stahlwerksverbandsausweis angekündigt worden, doch die jetzt vorliegenden Verbandszahlen lassen bei auch nur einiger Prüfung erkennen, daß sie keine irgendwie wesentliche Änderung der Marktlage anzeigen. Der Versand an A-Produkten im September betrug 404 808 Tonnen gegen 401 159 Tonnen im August dieses Jahres und 419 623 Tonnen im September 1907. Die Bedeutung dieses Ausweises sollte gerade darin liegen, daß die Verbandszahlen in dem verflochtenen Monat dieses Jahres nahezu den Verbandsumfang im Vergleichsmonat des Vorjahres erreichen. Ein Blick in die folgende Tabelle zeigt uns aber, daß im September des Vorjahres zum erstenmal ein sehr beträchtlicher Versandrückgang eingetreten war, so daß sich selbst in den beiden darauffolgenden Monaten noch eine Steigerung des Verbandes vollzog. Es wurde veranlagt:

	1907	Holzzeug Tonnen	Formeisen Tonnen	Eisenbahn- material Tonnen	Gesamt- produkte A Tonnen
Januar	154815	146370	188886	489571	
Februar	141347	124806	183111	449264	
März	147769	152372	208168	508309	
April	142516	166245	173213	481974	
Mai	130363	175028	183916	489307	
Juni	136842	177597	200124	514663	
Juli	121574	179701	187151	488426	
August	139845	186106	195718	521469	
September	125291	115359	176973	419623	
Oktober	120014	129921	188998	498933	
November	115891	85091	222074	423055	
Dezember	81706	58279	219530	359515	
Januar 1908	101460	67039	214557	383056	
Februar	108854	104092	207562	420508	
März	132190	155437	198841	486468	
April	104703	126125	141128	371956	
Mai	114549	137343	162913	414855	
Juni	98036	115109	165196	378361	
Juli	114355	126954	147420	388709	
August	125464	116371	159321	401159	
September	127648	106258	170702	404608	

Noch ungünstiger sind die Zahlen über die Roheisenerzeugung Deutschlands im September 1908. Die Produktion betrug 926 729 Tonnen gegen 935 445 Tonnen im Vormonat und 1 091 020 Tonnen im September des Vorjahres. Die Erzeugung während der Monate Januar bis September 1908 stellt sich auf 8 924 665 Tonnen gegen 9 688 484 Tonnen in dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres.

Die Verwaltungen der großen Montanunternehmungen können in ihren Geschäftsberichten auch nichts neues mehr über die Konjunkturgehaltung sagen, sie stimmen in der Klage über die gegenwärtige Situation und in der Erwartung überein, daß der Frühling eine regere Geschäftstätigkeit bringen werde. Interessanter sind die positiven Angaben über den gegenwärtigen Auftragbestand und die Vergleiche dieser Zahlen mit denen des Vorjahres. So berichtet der Bochumer Verein für Bergbau und Eisenfabrikation, daß in das mit dem 1. Juli dieses Jahres begonnene neue Rechnungsjahr 68 306 Tonnen (105 561 Tonnen im Vorjahr) Gesamtaufträge einschließlich des verkauften Roheisens übernommen wurden. In dieser Ziffer sind 12 000 Tonnen Roheisen enthalten, gegen 15 000 Tonnen im Vorjahr, die der Stahlindustrie vorliegenden Bestellungen beziffern sich am 1. Juli dieses Jahres auf circa 832 Tonnen gegen 33 000 Tonnen im Vorjahr. Das Eisen- und Stahlwerk Hösch, Aktiengesellschaft in Dortmund, das für 1907/08 eine Dividende von 14 gegen 13 Prozent im Vorjahr zahlte, bemerkt in seinem Geschäftsbericht, daß am 1. Juli 1908: 66 133 Tonnen Aufträge gegen 81 612 Tonnen am 1. Juli des Vorjahres vorlagen. Die Westfälischen Drahtwerke in Langendreer, die einen Rückgang des Reingewinnes von 1,28 Millionen Mark im Vorjahr auf 389 000 M. im Jahre 1907/08 aufweisen und eine Dividende von 10 Prozent gegen 28 Prozent im Vorjahr zur Verteilung bringen, verzeichnen für den 1. Juli einen Auftragbestand von 7315 Tonnen gegen 11 010 Tonnen im Juli 1907. Die Gesellschaft bemerkt, daß das anhaltende Fallen der Preise für ihre Fabrikate einen derartigen Charakter annahm, wie sie dies in ihrer langjährigen Tätigkeit noch nicht erlebte. Trotz dieses Preisrückganges blieben dagegen die Preise für Roheisen und Drahtknüppel (Halbzug) im dritten und vierten Quartal 1907 auf ihrem höchsten Punkte stehen. Eine Ermäßigung trat erst im zweiten Quartal 1908 ein, und zwar für Roheisen um 4 M., für Drahtknüppel um 10 M. für 1000 Stogramm, während die Kohlenpreise eine Ermäßigung überhaupt nicht erfahren. — Mit Festigkeit wenden sich Eisenwerke weiter gegen

geben werden, so ist aber auf jeden Fall sehr gering, da dort...

Die Organisationen der Metallarbeiter werden im folgenden angeführt, wobei — mit Ausnahme Tasmaniens — die...

Die Arbeitsbedingungen werden in den Bundesstaaten Neu-Südwales...

Die Arbeitszeit ist in Australien viel gleichartiger als in einem...

Um die Verhältnisse möglichst klar zu veranschaulichen sollen hier...

Ein Tarif der Elektricitätsarbeiter der Staatsbahnverwaltung von...

Man ist vorhanden, wie in dem durch den Tarif festgelegten...

Die von der westaustralischen Eisenbahnverwaltung beschäftigten...

In Victoria beisehen Lohnämter der Metallarbeiter, Messingmacher...

In der Kolonie Neu-Seeland beisehen zahlreiche Metallarbeiter...

Auf Neu-Seeland herrschen in allen Distrikten und in allen...

dem Kartellgebiet vorliegt. Es ist mir selbstverständlich nicht möglich...

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kartelle, Syndikate und Trusts.

Vortrag von Otto Hue, gehalten in der Sitzung des Eisen-Gewerkschaftskartells am 15. Oktober 1908.

Die Leitung des Gewerkschaftskartells war schon vor einiger Zeit...

Die Kartelle, allgemein gesprochen, haben den Zweck, die...

Zwischen sogenannten Syndikaten und Trusts besteht nur ein...

sch hier bei der Verhaftung im Jahre 1915 von der Maschinenfabrik Augsburg abhandelt, in dem er, wie er in der letzten Zeit dem Kollegen Werthaler gelungen, den aber die Arbeiter und Werthaler nicht verurteilt, sondern als einen schuldigen und verantwortlichen Mann bezeichnet. Werthaler hat diese Verurteilung nicht nur nicht bestritten, sondern hat sie als eine gerechte und notwendige bezeichnet. Werthaler hat auch nicht den Versuch eines Beweises für seine Verleumdung, er hätte auch seine Augen offen lassen. Er entschuldigte sich damit, daß er nicht beleidigen wollte und auch nicht gegen Werthaler gesagt habe. Die geladenen Zeugen bestätigten jedoch unter ihrem Eide, daß Werthaler tatsächlich erklärt habe, Werthaler habe sich abgemüht lassen. Dr. Guggenheimer erklärte: „Es ist vollständig ausgeschlossen, daß Herr Werthaler irgend etwas von der Maschinenfabrik erhalten hat. Die Firma hätte dazu nie Veranlassung. Ich habe aber auch Veranlassung genommen, in den anderen Betrieben Nachfrage zu halten, ob Werthaler etwa dort etwas erhalten hat und es hat sich ergeben, daß er niemals irgend etwas bekam, aber Veranlassung dazu bestand.“ Damit war die Beweisführung abgeschlossen. Herr Rechtsanwalt Sand als Vertreter Werthalers erklärte für eine angemessene Strafe und Ertragung aller Kosten. Nach kurzer Beratung verkündete das Gericht das Urteil: Pfeiler ist schuldig des Vergehens der Beleidigung der ählichen Nachrede (§ 186 A. St. G. B.) und wird hierwegen in eine Geldstrafe von 80 M., im Falle der Uneinbringlichkeit in eine Gefängnisstrafe von sechs Tagen sowie zur Ertragung aller Kosten verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß dieser Vorwurf ohne jeden Beweis leichtfertig erhoben sei, auch sei es ersichtlich unwahr, daß Werthaler irgend etwas erhalten hat.

Chemnitz. Eine Versammlung für Heizungsmonteur, Helfer und Kohlleger tagte am 18. Oktober im Restaurant Hoffnung, in der Kollege Krause über die Lage dieser Arbeiter in Chemnitz referierte. An Hand der vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ausgenommenen Statistik wies er nach, daß in Chemnitz die niedrigsten Löhne bezahlt werden. Die Kupferschmiede haben hier wohl einen Tarif abgeschlossen, jedoch sei nicht festzustellen, ob alle im Heizungsfach tätigen Kollegen nach diesem entlohnt werden. Wie weit einzelne Unternehmer gewillt sind, die Löhne zu drücken, bemeist das Vorgehen der Firma Richard Schuber, wo der Ingenieur Schlosser Dreher und Schmiede als Heizungsmonteur anlernen will, und da ihm die Kupferschmiede zu teuer sind, sollen diese Leute auch Kupferarbeiten ausführen. Angesichts der jetzigen Geschäftslage glaubt Herr Schuber solche Arbeiter mit 27 und 28 % pro Stunde abspesen zu können. Bis jetzt sind diese Arbeiter jedoch bald wieder ihre Wege gegangen, so daß die Firma sich veranlaßt gesehen hat, Arbeiter in auswärtigen Blättern zu suchen. Die Versammlung wählte eine fünfstellige Kommission, die den Auftrag hat, die der Gewerkschaft noch fernstehenden Kollegen der Organisation zuzuführen, um dann auch für die im Heizungsfach tätigen Arbeiter am Orte die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich zu regeln.

Chemnitz. (Arbeiter und Unternehmer.) Wenn ein Betrieb sich aus kleinen Anfängen zu einem Unternehmen von Bedeutung entwickelt, so spielen dabei sicher Faktoren der verschiedensten Art mit. Die bürgerliche Presse überhäuft gewöhnlich den Gründer mit großem Lob und feiert dessen Tüchtigkeit und Umsicht. Es soll nun durchaus nicht geleugnet werden, daß Leute von besonderer Begabung und großem Unternehmungsgewiss hervorragendes leisten können. Es darf jedoch nicht vergessen werden, in allen solchen Fällen die verschiedenen Umstände mit zu berücksichtigen, die zur Entwicklung eines Unternehmens aber zum Reichtum des Unternehmers wesentlich mit beigetragen haben. Es ist doch nur die Arbeitskraft, die geistige und die physische, die Werte erzeugt. Und wenn ein Unternehmer an jedem Arbeiter im Jahr etliche hundert Mark Reingewinn erzielt, so kann es sich jeder leicht ausrechnen, wie lange es dauert, bis er es zum reichen Mann gebracht hat. Das Chemnitzer Tagblatt brachte vor kurzem einen Bericht, in dem darauf hingewiesen wurde, daß in der Sächsischen Webstuhlfabrik im Juni dieses Jahres der hunderttausendste Webstuhl fertiggestellt worden sei. Aus diesem Anlaß ist eine umfangreiche, mit zahlreichen Abbildungen versehene Gedächtnisschrift herausgegeben worden. Aus dieser Schrift geht unter anderem hervor, daß der Gründer der Firma, Herr Louis Schönherr, trotz mancherlei widriger Erfahrungen, seinem Ziele, einen brauchbaren mechanischen Webstuhl zu schaffen, mit Zähigkeit und eifernem Fleiße zustrebte. Im Jahre 1851 konnte nach Zuziehung eines Kompagnons mit dem Webstuhlbau in gemieteten Räumen begonnen werden. 1857 übernahm Louis Schönherr das Geschäft allein. Hingewiesen wird noch darauf, daß die Sächsische Webstuhlfabrik heute in der Lage sei, den Bedürfnissen der gesamten Weberei — auch hinsichtlich des Baues der Hilfsmaschinen — mit wenig Ausnahmen zu entsprechen, daß sie nach Lage und Größe durchaus den Eindruck einer Weltfirma mache. Die Fabrik beschäftigt rund 1500 Arbeiter. 1907/08 habe der Geschäftsumsatz 6250000 M. betragen. Und der Ausschüttung hat in der Sitzung am 12. Oktober beschlossen, der Generalversammlung am 13. November dieses Jahres die Verteilung von 13 Prozent Dividende vorzuschlagen. 60000 M. sollen dem Dividendeneverfons zugewiesen werden, 117000 M. will man zu Abschreibungen verwenden und 10000 M. sollen zur Überweisung an den Beamten- und Arbeiterunterstützungsfonds in Vorschlag gebracht werden. Also auch an die Arbeiter hat man gedacht; von dem Betrag von 10000 M. entfallen circa 6 2/3 % pro Mann. Aber die Arbeiter haben bei der Verwaltung des Fonds gar nichts mitzureden. Im allgemeinen ist ja bekannt, daß die Arbeiter der Firma, wenn sie auf einen einigermaßen günstigen Lohn kommen wollen, ihre Kraft auf ein äußerste anspannen müssen. Und in der Gießerei besteht schon seit Jahren die Klage, daß es dort Arbeiter gibt, die nicht einmal die Mittagspause einhalten. Im Deutschen Bau bei Meister Tillmann sucht man Arbeiter, die sich der freien Gewerkschaft anschließen, zu schikanieren und zu maßregeln. Der Vorarbeiter Walther spricht davon, daß sie sich die Leute nicht wollten „verheizen“ lassen. Arbeiter, die stets behaupten, für den ihnen gebotenen Preis nicht arbeiten zu wollen, passen ihm nicht. Ihm scheinen die paar Hirse in dieser Branche sehr am Herzen zu liegen. Ein Kollege hatte zwei Mann für den Metallarbeiter-Verband gewonnen, um die sich ein Hirse schon fast bezahlt hatte. Als dieser Kollege nun mit der Arbeit fertig war, gab Tillmann ihm zur Antwort, für solche Leute habe er keine Arbeit und Waden und Beine werde ja auch bezahlt. Die Arbeitsteilung ist in dieser Fabrik aufs Kleinste durchgeführt, deshalb sind auch viele ungelernete Arbeiter dort beschäftigt. Wenn solche Leute nun an der Maschine arbeiten, glaubt es der Vorarbeiter Walther ihnen von Zeit zu Zeit ins Gewissen rufen zu müssen, daß sie als Handarbeiter in den Betrieb gekommen seien, indem er ihnen erklärt: „Da kommen sie hereingekommen wie die Bettler, und wenn sie dann etwas verdienen, sitzen sie auf dem großen Pferd, die Herren Parteigenossen.“ Auch Redensarten wie „Hohjunge“ erlaubt sich dieser Mann Arbeitern gegenüber. — Auch Herr Bernhard Fischer, der Besitzer der Sächsischen Werkzeugmaschinenfabrik, hat Klein angefangen und zählt jetzt mit zu den reichen Leuten. Als vor einigen Jahren die Zugehörigkeit zur Metallarbeiterkrankenkasse von dem Versicherungszwang in einer Zwangsstufe befreite, mußten die dort beschäftigten Arbeiter dieser Klasse angehören, dadurch sparte Herr Fischer das eine Drittel des Beitrags, das er an die Zwangsstufe zu leisten gehabt hätte. Jetzt, wo er nun reich geworden ist, strebt er mit aller Gewalt danach, eine Betriebskasse zu errichten, was „im Interesse der Arbeiter“ geschehen soll. Die Arbeiter wollen jedoch von dieser Wohlthat nichts wissen, weil sie überzeugt sind, daß nicht die Fürsorge des reichen Mannes für sie hier in Frage kommt, sondern daß die Betriebskasse errichtet werden soll, um dem Unternehmer eine weitere Maßregel in die Hand zu geben, die Arbeiter rechtlos zu machen. Wie recht die Arbeiter haben, beweist die Handlungsweise in der Gießereifabrik. Denn dort werden zurzeit mehrere besonders schwere

Arbeiten gegeben, die immer schneller, immer und ohne Unterbrechung zu machen sind. In diesen Betrieben arbeiten die Arbeiter unter sehr ungünstigen Umständen. Die Arbeiter sind dort sehr schlecht bezahlt, und es ist nicht selten, daß sie nur gerade soviel verdienen, wie sie für den Unterhalt ihrer Familien brauchen. Die Arbeiter sind dort sehr schlecht bezahlt, und es ist nicht selten, daß sie nur gerade soviel verdienen, wie sie für den Unterhalt ihrer Familien brauchen. Die Arbeiter sind dort sehr schlecht bezahlt, und es ist nicht selten, daß sie nur gerade soviel verdienen, wie sie für den Unterhalt ihrer Familien brauchen.

	pro Gros		Abzug	Prozent
	bisher	jetzt		
Wärmetrockner, vierteilig	18,20	12,00	1,20	8,3
dreiteilig	10,20	9,00	1,20	11,7
Schneeschläger, Größe I	2,00	1,85	0,15	7,5
II	2,00	1,85	0,15	7,5
Spritzschneeschläger, Größe I u. II	1,15	1,10	0,05	4,3
Marktnebligel Nr. 209	2,25	2,00	0,25	20,0
808	1,15	1,10	0,05	4,3
Selbenthaler	5,80	4,20	1,80	28,8

Dazu kommt, daß es die gangbarsten Artikel sind, an denen diese Abzüge gemacht wurden. Es ist also ein Geschäft, dabei ist etwas zu verdienen. Der „Fleiß“ und die „Umsicht“ des Unternehmers betätigen sich dabei aber ganz anders, als es von den Unternehmern immer dargestellt wird. Daran wird nicht gedacht, daß viele fleißige Hände dazu beitragen, daß ihnen nicht der Lohn bezahlt wurde, der ihnen eigentlich gebührt, daß den Überschuß der Unternehmer nur allein für sich in Anspruch nahm und sein Vermögen sich vermehrte durch fremde und vieler Hände Arbeit.

Düsseldorf. (Christliche Flugblätter.) Die Düsseldorfener Gewerkschaftsdrucken haben die Geylogenheit, ihre Flugblätter ohne Angabe des Namens des Verfassers oder auch nur des Verlegers herauszugeben. Man begnügt sich damit, entweder „Druck Düsseldorf“ oder „Die Ortsverwaltung“ darunter zu setzen. Wenn dann nachher einer den Inhalt verantworten soll, ist es niemand gemein. Bei der letzten Stadtratswahl wurde in einem solchen Mäntchen behauptet, die Beamten der Ortskrankenkasse besuchten auf Kosten der Arbeiter das Theater. Als der Kassenvorstand klagte, war es niemand gewesen. Im Juni wurden an den Düsseldorfener Fabriken tausende von Flugblättern verteilt mit der Überschrift: „Diktator Wieber.“ Die Flugblätter enthielten die Antwort auf einen in verschiedenen Parteiblättern erschienenen Artikel mit gleicher Überschrift, worin die Vorkommnisse beleuchtet wurden, die in Wochen zu einer Wipplingerung von der dortigen Zastelle 1 vom christlichen Metallarbeiterverband geführt hatten. In diesen Flugblättern wurden dem Kollegen Fäker gemeine Handlungsweise und andere Verlichkeiten vorgeworfen. Es wäre auch in diesem Falle nicht möglich gewesen, irgend jemand für den Inhalt verantwortlich zu machen, weil als Verleger einfach „Die Ortsverwaltung“ angegeben war. Aber der Beamte des christlichen Verbandes, Fritz Peus, verteilte persönlich die Blätter auf der Straße, wodurch es möglich war, diesen zur Verantwortung zu ziehen. Obwohl Peus als einziger Beamter der Düsseldorfener Ortsgruppe des christlichen Verbandes bestimmt nur als Verfasser des Flugblattes in Betracht kommen konnte, bestritt er das entschieden. Er gab vor Gericht an, die Blätter seien ihm zur Verteilung übergeben worden, von wem, wisse er nicht. Diese Ausrede beweist schon zur Genüge, daß Peus nicht den Mut hatte, sein Ergebnis zu vertreten, aber sie ist insofern erklärlich, weil er sich vor Strafe schützen wollte. Das Zeugnis ist zwar nicht christlich, aber eine gewerkschaftschriftliche Gepflogenheit. Als Peus erklärte, daß ihm die Blätter „gebracht worden seien“, machte er das unschuldigste Gesicht von der Welt und wurde nicht im geringsten rot dabei. Nun kam aber das schönste! Herr Peus konnte zwar nicht bestreiten, daß er die Flugblätter verteilt hat, behauptete aber, ihren Inhalt nicht gekannt zu haben. Auch hierbei wurde Peus nicht rot. Wenn wir boshaft sein wollten, würden wir hier das Sprichwort zitieren: Übung macht den Meister. Das Fazit war folgender Vergleich: Herr Peus erklärt: „Durch das Flugblatt wollte ich den Privatflüger nicht beleidigen, denn ich kannte den Inhalt nicht.“ Die gesamten Kosten inklusive des gegnerischen Verteidigerhonorars trägt Herr Peus. So! nun wissen unsere Kollegen, was sie davon zu halten haben, wenn wieder christliche Flugblätter verteilt werden, in denen man andere Leute mit Dred bewirft. Mag sich jeder diese Zeitungszettel ausgeben und sie in solchen Fällen hervorholen. Übrigens hat diese Gerichtsverhandlung eine Figur gezeitigt, die ebenso neu wie interessant ist: einen christlichen Gewerkschaftssekretär, der persönlich auf der Straße laufende von Flugblättern verteilt, ohne deren Inhalt zu kennen und der auch nicht weiß, von wem er diese Flugblätter erhalten hat! Ethische Emporentzündung!

Hannover - Linden. In unserer Generalversammlung am 16. Oktober ergab sich aus dem Kassenericht folgendes. Die Hauptkasse hatte eine Gesamteinnahme von 72 225,09 M. Aus den Ausgaben der Hauptkasse sind herausgegeben für Reisegeld 3087 M., Lohnzugsgeld 370 M., Anstaltenunterstützung an 730 Kollegen 17 761,25 M., Arbeitslosenunterstützung an 564 Kollegen 12 564,95 M., An Streulende wurden verausgabt 778,50 M., an Gewerkschaften 2289,60 M., bei besonderen Anlässen 70 M., als Strafgeld 125 M. An die Lotteriekasse wurden 14 057,72 M. abgeführt, außerdem wurden an die Hauptkasse 13 000 M. abgeführt. Die Lotteriekasse bilanziert in Einnahme und Au gab mit 97 458,82 M. An Unterstützungen wurden aus derselben 3657,30 M. bezahlt. Der Kassenericht der Lotteriekasse betrug am 30. September 79 653,80 M. Den Kassenericht ergänzte machte Streiter besonders auf die Dregerung der Arbeitslosenunterstützung aufmerksam. Diese betrug 12 564,95 M. in diesem Quartal, während im gleichen Quartal 1907 nur 2680,10 M. ausbezahlt wurden. In den ersten drei Quartalen 1907 wurden zusammen an 574 Arbeitslose 10 839,50 M. bezahlt, dagegen beträgt die im gleichen Zeitraum dieses Jahres ausbezahlte Summe 37 026,10 M. an 1646 Kollegen für 29 591 Tage. Die Wirkung der Krise für die Metallindustrie am Orte zeigte sich auch deutlich in dem dem Besondereinstieg der Arbeiter in die Fabriken. Ein Teil der hiesigen Betriebe lasse nur fünf Tage in der Woche arbeiten, wie Eisenwerk Wülfe, Garbenwerke, Zentralheizungswerke (in dem letzten Werke wird jetzt wieder voll gearbeitet). In anderen Betrieben wurde die Arbeitszeit herabgesetzt: Hohlendberg 9 Stunden, Kriger & Jhnen 8 Stunden, Amoenbengel 8 Stunden. Während in anderen Betrieben die Arbeitszeit nach der jeweiligen Beschäftigung herabgemindert respektive ein Teil der Beschäftigten wegen Arbeitsmangel zu Feierlichkeiten gezwungen wurde. So bei Richter, Seiner, Mmel, Kroll, Eien- und Stahlmeyer Linden, Gerbröt Körmann, Erengekerer Müsbund, Stiegelmeier, Westinghouse u. s. w. Bei Eppenheimer ist jetzt die Arbeitszeit auf 40 Stunden die Woche reduziert, bei Dreher, Rosenkranz & Droop in einigen Abteilungen auf täglich 7 Stunden. Gut beschäftigt sind die Maschinenfabrik Dormals & Egestorf in Linden und die Waggonfabrik. Die schlechte

Beschäftigung wurde von einem Teil der Unternehmer jetzt ungenutzt, um höhere Entlohnung. Die Arbeiter betreiben in dem vertriebenen Massen auch von Erfolg gewirkt. In anderen Fällen ist eine Einigung erzielt worden. Der Bund für Hoch & Kassebaum sei verlesen gewesen, da durch die Betriebsverhältnisse der Arbeiter Arbeiter jetzt die Betriebsverhältnisse in Wenden, bei der Betrieb von Driest werden ist. Erwähnenswert ist es, daß trotz der ungenügenden Ertragslage auch in diesem Quartal noch wieder eine Steigerung der Mitgliedszahl um 14 zu verzeichnen ist. Seit dem 1. Januar dieses Jahres ist die Mitgliedszahl von 9031 auf 9069, also um 38 Mitglieder gestiegen. Zum 1. Punkte der Tagesordnung stellte der Vorsitzende mit, daß der Kollege Müller, bisher zweiter Vordränglicher, eine Stelle in Frankfurt a. M. angenommen habe, dadurch mache sich eine Reuebelegung notwendig. Die Versammlung betraute mit diesem Posten dem Kollegen Strieler. An dessen Stelle wurden dem Kollegen Wabst die Kassenkasse übertragen. Sodann wurde eine Kommission bestimmt, die die nötigen Vorarbeiten zur Anstellung eines neuen Beamten zu treffen hat.

Koerndersheim. Am Samstag den 17. Oktober hielt die hiesige Verwalterkassa des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eine überaus stark besuchte Betriebsversammlung der Stöckchen Werkskette ab. Die Ursache dazu war in der Hauptsache die am 1. Oktober erfolgte Einstellung eines gewissen Herrn Dr. Abel als Ingenieur für die Gießereifabrik. Als Referent war der Bezirksleiter Kollege Lauterbach (Stuttgart) erschienen. Derselbe führte in der Hauptsache ungeachtet folgendes aus: Die Firma Stöckchen ging aus kleinen Anfängen hervor und hat sich bis heute glänzend zum Großbetrieb entwickelt. Das bisherige Einvernehmen zwischen Betriebsleitung und Arbeiter war ein gutes. Es wurde nur getrübt bei der Anstellung des derzeitigen Schlosser-Ingenieurs Bourgl. Daß der Betrieb rentabel sei, gehe zweifellos schon daraus hervor, daß erst im letzten Jahre ein großartiges Verwaltungsgebäude erstellt wurde und sich zurzeit eine neue Gießerei im Bau befindet. Daß es von der Arbeiterschaft des Betriebes nicht begriffen werden kann, wie der neue Herr Doktor den Formen Arbeiterlöhne zu kontrollieren versucht, die eine Kürzung des Lohnes von 80 bis 60 Prozent bedeuten, ist angesichts der oben angeführten Umstände klar. Wenn weiter dieser junge Herr schon in den ersten Tagen seines Hierseins, ohne den Betrieb und die Einrichtung zu kennen, erklärte, die Löhne seien durchweg zu hoch, für Hilfsarbeiter seien 80 % Stundenlohn genug laut einem unter der Arbeiterschaft kursierenden Gerücht, die Arbeiter seien zu schlapp etc., so ist die unter der Arbeiterschaft eingetretene Erregung begreiflich. Dadurch hat der Herr zweifellos noch nicht bewiesen, ob er das, was er von den Arbeitern verlangt, auch selbst zu leisten imstande ist. Der Referent belegte seine Ausführungen mit Beispielen. Die Preisfestsetzung für einzelne Stücke stehe in einem solchen Widerspruch zum bisherigen Preis, daß der Beweis erbracht ist, Abel möge vielleicht ein tüchtiger Chemiker sein, niemals aber ein tüchtiger Gießereingenieur. Dieses Zeugnis wurde übrigens dem Herrn auch von durchaus einwandfreier Seite, auf von uns angestellte Recherchen von seinem vorherigen Arbeitsplatz bei Maier & Weigelt (Leipzig) mitgeteilt. Von dort wurde uns berichtet, daß die Arbeitsbedingungen während seiner einjährigen Tätigkeit als Ingenieur verschlechtert wurden (vorher war A. einige Jahre Chemiker dafelbst), daß er häufig beim Gießereimeister Belegung holen mußte und anderes mehr. Daß dies heute noch genau so notwendig wäre, dafür nur einige Beispiele über die „praktische Erfahrung“ des A. im Punkte Kalkulation. Ein Former machte ein Ventil. A. fragte nach der darauf verwendeten Arbeitszeit. „Vier Stunden mit Jurichten“ lautete die Antwort. Dies Stück konnte mit Jurichten in einer Stunde fertiggestellt werden, meinte A. Hierzu muß bemerkt werden, daß das Stück schon von den qualifiziertesten Formen gemacht wurde, die jeweils zum Formen drei Stunden und zum Jurichten eine Stunde benötigten. Ein anderer Fall: Für einen Bod, für den seither 28 M. Formerlohn bezahlt wurde (dies bezahlte schon eine Nachgargießerei, die die Arbeit ebenfalls schon zu machen hatte und durchaus nicht im Geruche steht, hohe Löhne zu bezahlen), beliebe A. 14 M. festzusetzen. Dem Kernmacher, der für die dazu gehörenden Kerne mindestens eineinhalb Tage Arbeitszeit benötigte, kalkulierte A. 4 M. Nun noch ein Fall: Für ein Schußgehäuse lehte A. 10 M. Lohn für den Former und 3 M. für den Kernmacher fest. Bemerkenswert muß werden, daß dieses Stück zum Herstellen überhaupt schon eine erste Kraft erfordert. Für Formerzeit werden bei intensiver Arbeit zwei Tage notwendig und zum Jurichten ein Tag. Mit diesem einen Tag auszukommen bedingt aber, daß der Former mit dem Einsetzen und Einführen der Kerne vollständig vertraut ist. Der Kernmacher benötigt für die dazu gehörenden Kerne mindestens zwei Tage Arbeitszeit. So ließen sich noch mehrere Fälle anführen. Es sei deshalb, führte Lauterbach aus, notwendig, daß die Kollegen einmütig zusammenstehen in ihrer Organisation, um den scharfmacherischen Plänen dieses Herrn entgegenzutreten. Sollte sich jedoch wider Erwarten die Betriebsleitung in allen Punkten auf die Seite des neuen Ingenieurs stellen, alle seine bis dato getroffenen Maßnahmen unterstützen, so habe sie die Konsequenzen selbst zu tragen. Die Firma habe es sich dann selbst auszuwählen, wenn ihr bisheriger, in heikeln Ringen erworbenener Ruf, besonders in puncto Gießerei ertüchtigen Qualitätsausmaß, zum Teufel gehe. Ein tüchtiges Verfahren wäre es, wollte die Firma ein Arbeitssystem einführen, das dem der Massenfabrikation wie zum Teil in Rheinland und Westfalen, gleichkäme. Derartige würde zweifellos nichts anderes als den Ruin der Firma bedeuten, da sie die Konkurrenz mit den genannten Firmen, die an der Quelle der Rohprodukte ihren Sitz haben, auf die Dauer nicht auszuhalten imstande wäre. Daß diese Gefahr besteht, beweist unter anderem folgende Anordnung, die Abel traf. Ein Former hatte einige poröse Gußstücke. Er warf diese zum Ausschuss. Als Abel dies sah, fragte er, warum dies beim Ausschuss liege. Er erhielt darauf Auskunft: „Ach was“, erklärte Abel, „das wirft man nicht weg, das schmiert man einfach zu.“ Dies ist bezeichnend. Ob damit der Firma gedient ist, lassen wir dahingestellt. Ein derartiges Anreizsystem war und ist im Stöckchen Betrieb nicht nötig, denn es kann gesagt werden, daß die bisherigen Gießereimeister es geradezu vortrefflich verstanden haben, in dieser Beziehung die Interessen der Firma nach jeder Richtung hin wahrzunehmen. Der Redner ging dann des Weiteren auf die Frage der Affordarbeit, die Stellung unierer Organisation dazu und die diesbezüglichen Abmachungen mit dem Metallindustrieverband ein. Er betonte ganz besonders, Vorbedingung bei Einführung der Affordarbeit sei eine Betriebsveränderung, mit der ein rationelles Arbeiten auch möglich ist. Diese Vorbedingung fehle zum Beispiel für die Gießereifabrik noch vollständig, die Former müßten des öfteren ein bis zwei Stunden auf den Kran warten, der Trockenofen ist zu klein, so daß überhaupt schon der Platz für die Former durchaus nicht im Verhältnis zu ihrer Zahl steht u. s. w. Nach all dem Gesagten werde wohl jedem der Anwesenden die Situation klar, werde auch der letzte derselben von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt sein, von der Organisation, die allein für die Arbeiter der Firma Stöckchen in Frage kommen kann, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Folgende Resolution war inzwischen eingebracht worden: Die nahezu vollständig versammelten Arbeiter der Firma Stöckchen erklären auf das entschiedenste gegen die geplanten Neuerungen des Gießereingenieurs Herrn Dr. Abel. Die Versammelten erkliden in denselben das Bestreben, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verschlechtern, und halten diese Maßnahmen für geeignet, den bisherigen guten Ruf und das Renommee der Firma zu vernichten und zu schädigen. Als geeignetes Mittel, den Schatzmachernplänen des Herrn Dr. Abel entgegenzuwirken und die Arbeiter vor wirtschaftlicher Schädigung zu schützen, sehen die Arbeiter eine möglichst einheitliche und geschlossene Organisation an. Diese Organisation ist für die Arbeiter der Stöckchen Gießerei der Deutsche Metallarbeiter-Verband. Die Versammelten fordern deshalb alle bis jetzt unorganisierten Arbeiter auf, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband unverzüglich beizutreten, und verpflichten sich, mit allen Kräften im Sinne der Organisation zu wirken. Von der Direktion der Firma Stöckchen erwarten die Versammelten, daß sie im eigenen Interesse und in Wahrung des Ansehens der Firma gegen die Absichten

des Herrn Dr. Wüst Stellung nimmt, und behalten sich die Verantwortlichkeiten im übrigen alle vorbehalten. In der Diskussion waren die Mitglieder sehr erregt, daß die Eintragung sehr ernst ist und ein Zusammenstoß mit dem Reichtum notwendig sei. In seinem Schlußwort war Kollege Kautzsch in der Lage, unter anderem einen Fall bekanntzugeben, die Stellung der Schlichter betreffend. Ein Schlichter hatte Schlichterungsverhandlungen, er mußte daraufhin eine andere Arbeit machen und als er wieder zur ersten Arbeit zurückkehrte, sollten ihm vier Löhne (da muß dazu gesagt werden, daß er keinen vergleichbaren Gehalt oder Kassen hatte). Dafür wurden ihm nun am letzten Schichttag sechs Löhne (sechs Wägel) abgezogen. Der Eintragungskomitee und die Vertreter der Versammlung teilten, wie diese über ein derartiges Vorgehen denken. Bemerkenswert ist noch, daß diese vier Schichttage der Firma höchstens 60 % Verarbeitungslohn verursachen. Nach der Konstatierung dieser Tatsachen erfolgte durch Abstimmung die Annahme der vorgeschlagenen Resolution. Ferner beantragte die Versammlung die Beilegung, bei der Firma schriftlich anzufragen, wie sie sich zu dem Vorgehen des Herrn Dr. Wüst stellt, in welcher Form die Einführung des Lohnsystems beabsichtigt ist. Weiter soll sofort auch in dieser Sache an die Leitung des Mittelrheinischen Metallindustriellenverbandes herangetreten werden. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Aus Vorbringen. Wenn sich die Münchener-Bladbacher Werksgrößen dritter, vierter und fünfter Garnitur bei der Wasserversorgung mit dem Wasser in die unentwässerbare Gasse vermann haben, dann stehen die hilflos jappelnden „Weltanschauungs“prediger noch als letzten konjunktionskritischen Ausdruck, daß die Sozialdemokraten die Weltanschauung predigen. Ungeachtet der konkreten Tatsachen ist's natürlich heute wie immer unnötig, solchen Behauptungen gegenüber irgend eine Würdigung zuteil werden zu lassen, dies wäre noch unflätiger wie die Behauptung der Christen selbst, daß heißt wenn noch etwas unflätiger sein könnte. Indes interessant wäre es doch, wenigstens für solche Gegenden, die nach Ansicht der Münchener-Bladbacher Derrische noch Spuren von Entwicklungsmöglichkeiten für ihre wirtschaftliche Weltordnung bieten, wenn man dort die von den Leuten geliebte Praxis den Ausbrüchen ihrer Hilflosigkeit einmal im Ernst gegenüberstellen wollte. In der lothringischen Eisenindustrie herrschen durchweg sehr verbesserungsbedürftige Zustände. Die allererbärmlichsten jedoch bezeichnenderweise bei dem frommen, einem tüchtigen Säulenheiligen gleichenden Herrn De Wendel. Diese Firma, die es trotz ihrer Sparsamkeit fertig gebracht, entgegen dem Willen des Herrgotts kabelaftige Reichtümer anzuhäufen, hat — von anderen Kostbarkeiten, über die wir heute nicht reden wollen, abgesehen — eine Betriebskrankenkasse errichtet, die in ihrer Art einfach ein Wunder ist. Die Kasse, in fünf Klassen eingeteilt, zahlt tägliche Krankengelder von 64 $\frac{3}{4}$ aufwärts bis zum Höchstbetrag von 1,92 $\frac{1}{2}$. Wir haben nun die Statuten aller Betriebskrankenkassen der lothringischen Schwerindustrie durchgesehen, ohne jedoch etwas Ähnliches finden zu können. Die Differenz zwischen der De Wendelschen und allen anderen lothringischen Betriebskrankenkassen beträgt in der höchsten Klasse bei einwöchiger Krankheit 3,50 $\frac{1}{2}$, in einem halben Jahre (der Maximalgrenze der Unfallversicherungsversicherung) also annähernd 100 $\frac{1}{2}$. Die Hombacher Hüttenwerke, gewiß auch kein Eldorado, zahlen an jugendliche Arbeiter von 14 bis 16 Jahren ein wöchentliches Krankengeld von 4,50 $\frac{1}{2}$, die päpstlich segnete Firma De Wendel genügt ihrer Pflicht schon mit 3,84 $\frac{1}{2}$. Dafür kann ein derartiger Glückssturz aber auch in Gegensatz zu den Jugendlichen der Hombacher Hütte diese Krankengeldsumme unter Umständen bis zum achtzehnten Jahre und noch länger einheimsen. Die Firma Köchling, die sonst doch auch eine krankhafte Sucht hat, Lohnersparrnisse zu machen, und das kleine Pudde- und Balzwerk in Ars a. d. Mosel, das an Kapitalkraft nicht entfernt an die Schuchtschloß der heiligen Barbara herankommt, haben bis heute die De Wendelschen Krankentatbestände noch nicht nachgehakt. Dafür sind aber auch dem Leichenwagen des letzten vor zwei Jahren verstorbenen Chefs der frommen Firma sechszig Geißelchen nebst dem Bischof von Metz nachgeschluppt, und der jetzige Hauptrepräsentant ist ja, wie behauptet wird, anlässlich der letzten Reichstagswahl mit dem päpstlichen Segen bedacht worden. Und in den letzten Wochen wurde dem Unternehmen durch den Mailänder Erzbischof Ferrari, der sich an der De Wendelschen Tafel gütlich getan, aufs neue die Untertänigkeit bezeugt. Ob seine Eminenz auch in St. Hubertus die Saupfilsche als De Wendelsche Kolonie vorher besucht hat? Mit den Krankentatbeständen bei De Wendel befaßte sich nun am 11. Oktober eine in Groß-Logen von unserer Organisation und vom Bergarbeiterverband einberufene öffentliche Versammlung. Die ganzen Schönheiten bei De Wendel und auch die Tatsache, daß ein Großunternehmer administrativ sogar Reichsgelde aufheben kann und dazu sogar der Sanction des lothringischen Bezirkspräsidenten teilhaftig wird — siehe § 20 des De Wendelschen Betriebskrankentatbestandes und § 23 des Reichsversicherungsgesetzes — wurden gebührend behandelt. Anwesende „sympathische“ Gewerkschafter erklärten sich mit dem von den Referenten gemachten Anfertigen, daß gegenüber einem solch tüchtigsten Unternehmer die größte Güte der Arbeiter notwendig sei, in vollem Bewußtsein. Das Mitglied M. des Gewerkschafts „sympathischer“ Bergleute meinte sogar, dies sei um so eher möglich, als auch in ihrer Organisation Leute seien, die kein direktes Christentum mehr besitzen. Am darauffolgenden Dienstag den 13. Oktober fand nun eine von den Christen einberufene Versammlung der Arbeiter De Wendelscher Berg- und Hüttenarbeiter statt, um zu dem gleichen Gegenstand Stellung zu nehmen. Herr Kraus referierte, Herr Hoffmann referierte und Herr Jodum sprach französisch. Herr Kraus legte schließlich der zahlreich besetzten Versammlung eine Resolution vor. Er war etwas gar lang geraten, indes konnte man doch noch verstehen, daß Herr Kraus von der Versammlung beauftragt sein wollte, in der Staatsanwaltschaft Schritte zu tun. Von dem anwesenden Vertreter unserer Gewerkschaften wurde jedoch sofort darauf entschieden, gemacht, daß die Mehrheit der Versammlung ja aus freigeizigsten Arbeitern bestünde, dies nicht so ohne weiteres ging, sondern man solle gegenfragen, hier Hand in Hand mit den Freigeizigsten zu gehen, das heißt die Führer der freien Organisationen zu dem Vorgehen in der Abklärung der Staatsanwaltschaft mit heranzuziehen. Herr Kraus gefiel dies aber gar nicht, er wollte durchaus die Präzedenz in der Sache allein belegen. Das jetzt beschriebene Diskussion war Herr Kraus absolet nicht zur Deckung zu bringen, nicht zu überlegen, daß gegenüber einer Millionäre im Interesse der Arbeiter alle sogenannten „Weltanschauungsgegenstände“ in den Hintergrund zu treten hätten. Von den Führern unserer Gewerkschaften wurde nun die Erklärung abgegeben, daß sie, obwohl mit dem Inhalt der Resolution einverstanden, doch nicht dafür stimmen wollten, sondern, da sie ja von der Wirksamkeit ausgeschlossen seien, man solle alles vorgehen lassen. Herr Kraus ließ nun, da er freie Wege zu haben glaubte, aber keine Resolution abstimmen, und es ging, wie es gehen mußte. Nur der erste Teil der Versammlung, der nicht einmal alle Christlichen stimmte mit. Geringes haben wir bemerkt, daß die „sympathischen“ in ihrer Hilfslosigkeit manchmal von Zerkünderung durch die Sozialdemokraten seien. Nachher aber — um in Jargon der „Sympathisten“ zu bleiben — die Sozialdemokraten müßten einmal den Kopf senken, wie es notwendig ist, die Probe aufs Exempel, denn jetzt man, wie Jodum sagt, wie es geht. Daß die Berg- und Hüttenarbeiter der Groß-Logen die handwerkliche Handlungswörter der „sympathischen“ Führer nicht verstehen kann, ist leicht begreiflich. Wie aber verstehen die Herr Kraus und Krauschen, wir wissen, daß diese die Begründung ihrer persönlichen Positionen haben, daß es die Vertiefung von Arbeiterfragen. In dieser Lage steht auch die Zeit von Beschäftigungen nicht, mit denen diese „Arbeiter-Verweilenden“ die Versammlung geschlossen haben.

Mittelberg. Am 13. Oktober haben die verzerrten Gewerkschaften eine Beschlusstagung abgehalten, in der über die Expeditionen in der Firma Reinländer verhandelt wurde. Kollege Spiegel referierte. Dieser überließ die Verhandlung, wie sich die Vorgänge in letzter Zeit abgespielt haben. Die „sympathischen“, die Herr Reinländer der Arbeiterklasse als gewohnt habe, kann für die Arbeiter einfach unverständlich werden. Das Sachverhalte der Firma, was eine bestimmte Zeit von Erhellung, die Herr Kraus nicht verstehen konnte, abzuleiten zu können.

set einfach ein Wahrgelb der ausgeübten Arbeiter gegen... Herr Reinländer behauptet es zwar, daß dem Arbeiter zu dem als sei er ein menschenfreundlicher und wohlwollender Mann, jedoch dieses genauer betrachtet, würde man schon einen solchen Vorwurf an Reinländer des Naturheilwesens sei, ließen die tatsächlichen Einwirkungen seiner Fabrik alles zu wünschen übrig. Wenn dem, wenn die Feuerungen in der Fabrik angebracht würden, so müßte der Arbeiter vor lauter Qualm nicht mehr leben. So heißt es mit der Ventilator. Durch den überaus hohen Wert würde der in der Höhe liegende Fluß verunreinigt. Auch seien genügende Schutzvorrichtungen bei den Zerkünderern erst noch herzustellen. Er empfiehlt auch der Firma, die Gewaltverhältnisse hinsichtlich des Anhaltens von Arbeitern einmal gründlich zu studieren. Man werde versuchen, der Firma Reinländer in dieser Beziehung etwas nachzugeben, indem man der zuständigen Gewerkschaften entsprechende Mitteilungen machen werde. Kraus ist auch bei den „sympathischen“ Arbeitern sehr beliebt und schloß seine interessante Ausführungen mit dem Bemerkten, daß jedenfalls von der Arbeiterklasse alles getan werden sei, um die Lohnfrage auf gutem Wege zu regeln. Daß das nicht gelungen sei, liegt eben an dem Verhalten des Herrn Reinländer selbst, der auch allein die Verantwortung zu tragen habe. Wie der Kollege Spiegel, so behaupten auch die Arbeitervertreter, daß heute die Beibrücke nicht zerfallen sei, denn dann müßte sie doch veranlassen nehmen, auf Grund des Behaltens den Betrieb einmal zu inspizieren. Es wurde festgestellt, daß man sogar das Sicherheitsventil des Dampfes jetzt nicht mit einem Pleßstein beschonere, also das Leben der Arbeiter in höchste Gefahr bringe. Hiergegen mußte man entschieden Front machen. Soeben gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige öffentliche Gewerkschaftsversammlung nimmt mit Staunen von dem Verhalten der Firma K. Reinländer nach den Verhandlungen vom 8. ds. Kenntnis und erklärt, daß die Organisationsleiter und auch die Aussperrten auf das Angebot der Firma nicht eingehen könnten. Die Versammlung beschließt, die Aussperrten mit allen geschehen Mitteln in ihrem gerechten Kampfe zu unterstützen und ersucht die Versammlung, daß die Aussperrten dafür sorgen, daß der Abzug bei der Firma Reinländer nicht zur Tatsache wird, weil dadurch die Arbeiter in den übrigen Betrieben und auch die Unternehmer gefährdet werden.“ Ferner gelangte folgender Antrag, der aus der Mitte der Versammlung gestellt war, zur einstimmigen Annahme: „Im Anschluß an den Brief der Firma Karl Reinländer, worin die Arbeiter auf die Arbeitgeberorganisation hingewiesen wird, wird beauftragt, die Versammlung möge beschließen, die Organisationsleiter zu beauftragen, sich mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung zu setzen, damit die Öffentlichkeit erfährt, wie dieser sich zu dieser Aussperrung der Firma K. Reinländer stellt.“ Nach einem längeren padenden Schwurwort des Kollegen Spiegel, in dem er betonte, die Mittelberger Arbeiter müssig auch die unvorhergesehenen der Firma Reinländer die nötigen Lehren ziehen und sich der Organisation anschließen würde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung geschlossen.

Im Anschluß hieran können wir noch mitteilen, daß sich die Organisationsleiter nach dem Beschluß der Versammlung an den Vorsitzenden des Arbeitgebervereins gewandt haben, zumal auch deshalb, weil die Firma Reinländer uns schriftl. b. daß man sich zur Beilegung der Differenzen an den Vorsitzenden des Arbeitgebervereins, Herrn Joh. Kempe l., wenden sollte. Der Herr hat es aber abgelehnt, mit den Vertretern der Arbeiter zu verhandeln. Gründe hat er darüber in seinem Schreiben nicht angegeben. Da uns ist ersichtlich, daß die Firma Reinländer die ehrliebste Absicht hatte, auch die oben geschilderte Versammlung, in der gründlich mit der Firma abgerechnet wurde zu hintertreiben oder sie hinterhals nicht zu führen, denn am Tage der Versammlung wurde uns das Schreiben der Firma, daß wir uns an Herrn Kempe l. wenden sollten, zugehelt. Wir freuen uns aber darüber, daß der überaus schlaue Firma dieser Trüch gelummen ist, denn sonst wäre diese Ruhe vielleicht nicht so der Kritik unterzogen worden, die ihr gebührt. Die Gewerkschaft hat auch von uns über die Zustände in der Pannstiepe einen Bericht erhalten. von dieser Seite wird nunmehr wohl für Ordnung gesorgt werden. Es mag dies dem Herrn Reinländer unangenehm sein, aber Ordnung muß nun einmal sein. Da der Herr Reinländer Mitglied des Arbeitnehmervereins ist, hätte es eigentlich der Hilfe der öffentlichen Kritik und der Gewerkschaften zur Respektierung der gesetzlichen Bestimmungen nicht bedürfen sollen.

Aus dem Saargebiet. Bekanntlich hat das vrenkische Abgeordnetenhaus am 5. Februar 1906 beschlossen, die Regierung solle nach Erfüllung bestimmter Voraussetzungen einen Geleitzvertrag über die Kanalifizierung der Mosel von der lothringischen Grenze bis nach Koblenz und der Saar von Grebach bis Konz so frühzeitig vorlegen, daß der Betrieb auf beiden Flusstälern zu gleicher Zeit mit dem Kanal vom Rhein nach der Mosel eröffnet werden könne. Dieser Antrag liegt ohne Zweifel das Bedürfnis des preussischen Staates zugrunde, der rheinisch-vestfälischen und der südwestdeutschen Eisenindustrie in gleichen Maße entgegenzukommen und einen durch einseitige Bevorgung irgend einer Gruppe entstehenden Interessensstreit hintanzuhalten. Außer interessant ist uns die Tatsache, daß die rheinisch-vestfälischen Grafen- und Hüttenbarone mit allen ihnen zu Gebot stehenden Mitteln versuchen, die Kanalifizierung von Mosel und Saar zu verhindern, indem sie die Lage hauptsächlich der Schwerindustrie ihres Bezirkes in möglichst düsteren Farben malen und die Sache so hinstellen, als ob für eine eminent nachteilige Verbindung der Produktions- und Konsumverhältnisse nichts zu tun sei. Ursprünglich war die Eröffnungszeit beider Kanäle auf 1912 festgesetzt, man hat den Termin der Eröffnung aber auf 1915 verschoben. 1915 ist also das Jahr, in dem der Betrieb am dem Rhein-Neerthal, auf der kanalifizierten Mosel und auf der kanalifizierten Saar zugleich eröffnet werden soll. Nach dem Urteil von Sachverständigen würde die Kanalifizierung der Mosel und Saar eine Sachlage von unabweisbar fünf Jahren erfordern, doch müßte also mit der Arbeit spätestens 1910 begonnen werden. Dazu ist aber erforderlich, daß schon anfangs 1909 von der preussischen Regierung dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage gemacht wird. Es ist deshalb begreiflich, daß man es wünschender Stelle versucht, die hierzu nötigen Vorarbeiten möglichst zum Abschluß zu bringen und die Sachlage nach jeder Richtung zu klären. Die Regierung hat nun Gegenstand der Verhandlungen über die Mosel- und Saarkanalifizierung zwischen der rheinisch-vestfälischen und südwestdeutschen Eisenindustrie zu Köln a. Rh. am 3. und 4. Januar 1908 folgende drei Fragen gemacht: 1. Sind in der Produktions- und Konsumverhältnisse der Eisenindustrie in Rheinland-Westfalen einerseits und in Südwestdeutsche-Landes-Eisenindustrie andererseits durch die Kanalifizierung der Mosel und Saar wesentliche Veränderungen zu erwarten? 2. Werden die Produktions- und Konsumverhältnisse der Eisenindustrie in Rheinland-Westfalen einerseits und in Südwestdeutsche-Landes-Eisenindustrie andererseits durch die Kanalifizierung der Mosel und Saar wesentliche Veränderungen zu erwarten? 3. Werden die Produktions- und Konsumverhältnisse der Eisenindustrie in Rheinland-Westfalen einerseits und in Südwestdeutsche-Landes-Eisenindustrie andererseits durch die Kanalifizierung der Mosel und Saar wesentliche Veränderungen zu erwarten? Man ersieht schon aus der Art der Fragestellung, daß es der Regierung wesentlich darauf ankommt, die verschiedenen Differenzen zwischen den beiden Interessengruppen zu klären, um sich bezüglich ihrer weiteren Schritte freie Wege zu schaffen. Bescheid war sie auch der Meinung, durch eine genaue Festlegung der beiden Parteien ein endgültiges Ergebnis herbeizuführen. Es kam aber zu keinem Resultat, denn die Verhandlungen gingen im Stillen sich. Schuld an dem Jennings tragen beide Interessengruppen, und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird auch der Stahlwerkverband demnach nicht oder weniger in Mitleidenhaftigkeit gezogen werden, zumal die südwestdeutschen Hüttenbarone keinen Grund zu erwarten sind, sich an dieser Angelegenheit beteiligen zu lassen. Bei den Kärntner Verhandlungen hätten die nordwestlichen Teilnehmer ihre Argumente auf eine in der Drauzeit von Joh. Brandes & Sohn in Duisburg-Instaat hergestellte, 28 Bogen umfassende stark Druckstoff, in der auf Grund reichhaltigen statistischen Materials die günstigere Lage der südwestdeutschen Eisenindustrie

gegenüber der rheinisch-vestfälischen nachgewiesen werden sollte und der Mosel-Kanal gegegen wurde, daß durch die Kanalifizierung von Mosel und Saar sich die Situation noch weiter verschärfen des Mosel-Kanal westliche. Jedoch wird darin die grundsätzliche Bewegung erfaßt, von dem Projekt, das nur zu geringe ist, den Kanalstrom (samt) umsatzmässig zu verschärfen und die Bedingungen derselben nicht ändern zu erhalten — endgültig abhand zu nehmen. Es ist nicht verwunderlich, daß der Regierung eine derartige Stellungnahme ebenfalls nicht angenehm sein konnte, zumal ja der preussische Staat als größter Unternehmer an der Saar ein sehr großes Interesse an einer möglichst günstigen Verfahrungsgelegenheit zur Erzielung größter Überschüsse hat. Durch das nur auf ihren persönlichen Vorteil bedachte Vorgehen der rheinisch-vestfälischen Industriellen sind aber einseitig alle zu einer Verständigung führenden Gründe abgetragen und die ganze Sache wieder auf das tote Geleise gestellt worden. Als Antwort hierauf ist in den letzten Tagen eine von Dr. Alexander Zille im Auftrag der Handelskammer Saarbrücken, der südwestdeutschen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Vereins der Saarländer zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saarindustrie verfaßte Denkschrift erschienen, die sich zur Aufgabe macht, die in der erwähnten Denkschrift der rheinisch-vestfälischen Industriellen erhobenen Einwände gegen die Kanalifizierung von Mosel und Saar zu widerlegen und auf ihren wahren Wert zurückzuführen. Es soll dies in vier Heften der Südwestdeutschen Wirtschaftsfragen unter folgenden Titeln erfolgen: Heft 15: Der Rückgang der südwestdeutschen Eisenwerke in der Eisenindustrie des deutschen Reichsgebietes 1902 bis 1907. Heft 16: Die Ausgleichung der Rohstoffverhältnisse in Südwestdeutsche-Landes-Eisenindustrie und Rheinland-Westfalen, 1902 bis 1907. Heft 17: Der Rhein-Westfalan und die westliche Eisen- und Kohlenindustrie. Heft 18: Die Dringlichkeit der Mosel- und Saarkanalifizierung. — Die Darlegungen Dr. Zilles, dieses unverbesserlichen Scharfmachers, in Heft 15 dürfen nicht allein bei den direkt Beteiligten Interesse erregen. Gerade die moderne Gewerkschaftsbewegung, die in den Flugschleichen der Saar und Mosel noch in den Kinderstühlen steckt, kann durch die Kanalifizierung der beiden Flüsse und dem damit voraussetzlichen verbundenen Zustrom fremder Arbeitskräfte nach Saarabien nur gewinnen. Die Verziehung des einheimischen Elements durch fremdes kann die Grundlage zu einer besseren Entwicklung unserer Bewegung schaffen. Weil dem so ist, so kann dem arbeitenden Volke an der Saar und an der Mosel der Streit zwischen den beiden mächtigen Unternehmergruppen um die Kanalifizierung dieser beiden Flüsse durchaus nicht gleichgültig sein. Ohne Zweifel hat auch der Bau des Rhein-Westfalens eine noch nicht vorausgehende Steigerung der rheinisch-vestfälischen Eisenproduktion zur Folge. Demgegenüber würde aber durch das Fallenlassen des Mosel-Saarkanalifizierungsprojekts auch nach unserer Ansicht eine weitere Verwicklung der Wettbewerbverhältnisse zuungunsten des Südwestens eintreten, der Schwerpunkt der Eisenindustrie ganz nach Rheinland-Westfalen verlegt werden. Die Arbeiter des südwestdeutschen Industriebezirkes müßten aber die Kosten dieser Unterlassungsgebühren in Gestalt verschlechterter Lohn- und Arbeitsverhältnisse tragen.

Rundschau.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Frankfurt a. M. im Stadtparlament folgende Anträge gestellt:

1. Zur Milderung der für den kommenden Winter zu erwartenden großen Arbeitslosigkeit und deren Folgen:
 - a) alle städtischen Arbeiten beschleunigt in Angriff zu nehmen und Vorbereitungen für außerordentliche Notstandarbeiten zu treffen sowie sich mit den übrigen städtischen und ländlichen Gemeindeverwaltungen des Frankfurter Wirtschaftsgebietes zur Inangriffnahme ähnlicher Maßnahmen zu verständigen;
 - b) rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen, daß für Schutz und Unterkunft der hiesigen Obdachlosen in ausreichender Weise geeignete Maßnahmen getroffen werden und zu diesem Zwecke zu gegebener Zeit städtische Mittel und Räume zur Verfügung zu stellen;
 - c) dem Frankfurter Verein zur Speisung armer Schulkinder' eine einmalige außerordentliche Unterstützung von 10000 $\frac{1}{2}$ zu überweisen;
 - d) den Frankfurter Gewerkschaftsorganisationen als Äquivalent für die Entlastung des städtischen Armenrats Zuschüsse zu ihren Arbeitslosen-Unterstützungseinrichtungen zu zahlen.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ihrer Wirkungen:

- a) in den Etat künftig, und zwar erstmals in dem nächstjährigen Etat, eine angemessene Summe für Notstandarbeiten während der Wintermonate einzusetzen, und in Jahren guter Konjunktur, in denen keine Notstandarbeiten erforderlich sein sollten, diese Summe zur Bildung eines Fonds für Notstandarbeiten zu verwenden;
- b) der Schaffung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung näherzutreten und zur Prüfung dieser Frage sowie des ganzen Problems der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Einsetzung einer gemischten Deputation — laut § 66 des Gemeindeverfassungsgesetzes zuzustimmen;
- c) gemeinsam mit dem Stadtverordnetenkollegium an Reichsregierung und Reichstag eine Eingabe zu richten, bei der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherungsgesetzgebung die reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung zur Einführung zu bringen.

Die Vorlage wurde dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Sie könnte den Arbeitervertretern in anderen kommunalen Körperchaften sehr wohl zum Muster dienen.

Zur Unfallversicherung im Schloßereibetriebe.

In Nr. 246 der Nachrichten des Verbandes Deutscher Schloßerinnen (datiert vom 20. Oktober) wird ein interessanter Brief mitgeteilt, der vom Vorstand der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft am 3. Juni an den Vorstand des Verbandes Deutscher Schloßerinnen gerichtet worden ist. In diesem Briefe wird folgendes ausgeführt:
 „Dem Verbands teilten wir hiedurch ergebenst mit, daß die Deputation der Schloßerinnen zum Zwecke einer näheren Besprechung unserer Genossenschaft noch nicht aufgefunden hat und auch selbst bis heute eine Annäherung von keiner Seite erfolgt ist. Da nun in der Zwischenzeit von den Schloßern Bescheid über zu hohe Beitragslasten — abgesehen solche von einzelnen Unternehmern — nicht eingelaufen sind, so gestatten wir uns, über den Stand der bei uns versicherten Schloßereibetriebe nummehr folgendes zu berichten:
 Untere Schloßereibetriebe sind schon seit einer Reihe von Jahren getreut in solche, die handwerksmäßig betrieben werden, und in solche, die fabrikmäßig betrieben werden, eingeteilt. Als Grundlage für die Ermittlung der Gefahrenziffern haben die Resultate der Jahre 1903 bis einschließlich 1903, wie sie das letzte Unfallverzeichnis anzeigt, gebient. Hiernach wurden von den handwerksmäßig betriebenen Schloßereien auf 100 $\frac{1}{2}$ Löhne 65,8 $\frac{3}{4}$ und von den fabrikmäßig betriebenen Schloßereien auf 100 $\frac{1}{2}$ Löhne 81,0 $\frac{1}{2}$ Entschädigungen bezahlt. Aus diesen Unfallziffern sind die Gefahrenziffern, und zwar: für handwerksmäßig betriebene Schloßereien 6 fabrikmäßig 8 für die jetzt noch geltende Tarifperiode mit vollem Recht entstanden. Vergleicht man nun vom Beginn der Genossenschaft an bis 1903 — dem letzten Jahre der abgelauteten Tarifperiode — die Entschädigungen mit den Beiträgen, so ergibt sich nach der in der Anlage beigefügten Zusammenstellung, daß bei 7844891 $\frac{1}{2}$ nachgewiesenen Löhnen von uns 400965,95 $\frac{1}{2}$ Entschädigungen bezahlt wurden. Unter

Verpflichtung der gesamten Untertanen... (Text regarding tax obligations and administrative matters)

Die wir schon früher mitteilen konnten... (Text regarding the German Metallworkers' Association and its activities)

Elektrizitäts- und Gassteuer.

Das Deutsche Reich befindet sich in einer großen Finanzklemme... (Text discussing the financial crisis and the impact of electricity and gas taxes)

Neben dieser Besteuerung von Gas und elektrischer Kraft... (Text detailing the specific tax rates and regulations for electricity and gas)

Die Veröffentlichung des dem Bundesrat vorgelegten Gesetzes... (Text regarding the legislative process and the proposed electricity and gas tax law)

Nicht strafbares Streikvergehen.

Anfang März hatten die Hilfsarbeiter der Eisengießerei... (Text discussing a strike case and the legal implications for workers)

Wichtigem zum Inhalt es eine Verabredung oder Vereinbarung... (Text regarding labor agreements and the role of the court)

Noch ein freigesprochenes Streikposten.

Als in der Fabrik von Kammesfahr in Gräfzath... (Text detailing a case of a strike postman who was acquitted)

Unternehmer-Terrorismus.

Die in Breslau erscheinende Volkswacht bringt in ihrer... (Text discussing employer terrorism and the actions of the Volksrecht newspaper)

Nochmals Unternehmer-Terrorismus.

Der Vorwärts vom 18. Oktober enthält wieder einmal... (Text discussing another instance of employer terrorism)

Gewerbegerichtliches.

Wird Kündigung über nicht? Der Siegfriedarbeiter... (Text discussing labor law cases and court decisions)

Ich hat nicht mehr in Betracht. Am 17. war der Arbeiter... (Text regarding a labor dispute and the role of the court)

Rechtsverbindliche Kollektivkündigung.

Die auf der Elbe in Schiffsahrtbetrieben beschäftigten Boot... (Text discussing collective dismissal in the shipping industry)

Eine zurückgenommene Verurteilung.

Der Werkmeister Philipp Borngässer in Chemnitz hatte... (Text discussing a retracted conviction in a labor case)

Christliche Sozialpolitik.

Das Offenburger Volksblatt brachte kürzlich folgende Notiz... (Text discussing Christian social policy and labor relations)

Hirsch-Dunckeriana.

Strohfeld und Streifbrugg. Wie unseren Kollegen bekannt... (Text discussing a case involving Strohfeld and Streifbrugg)

Vom Ausland.

England.

Im September starb zu Battersea ein Veteran des Gewerkschaftswesens... (Text discussing a veteran of the labor movement who died in England)

